

Ruf nach städtischen Ordnungskräften

Mit einem Antrag erneuern „Die Cuxhavener“ eine alte Forderung: Verwaltung soll mehr Mitarbeiter „auf die Straße bringen“

Von Kai Koppe

CUXHAVEN. Auf dem Papier ist eine ganze Menge geregelt Schwarz auf Weiß lässt sich zum Beispiel nachlesen, was Müllsündern blüht, worauf Hundehalter achten müssen und was Bürger auf öffentlichen Plätzen zu tun oder zu lassen haben. Aber was nützen solche „Spielregeln“, wenn keiner da ist, der kontrolliert, ob sie eingehalten werden? Seit mehr als fünf Jahren wird diese Frage in der Stadt diskutiert. Ein Antrag, den die Ratsfraktion „Die Cuxhavener“ vor der Sommerpause gestellt hat, bringt das Thema Ordnungsdienst erneut aufs Tapet.

Was Fraktionschef Rüdiger Kurmann und seine Mitstreiter fordern, hört sich martialischer als es gemeint ist: Sechs Stadtbedienstete möchten „Die Cuxhavener“ zu „Vollstreckungsbeamten“ ausbilden lassen. Das klingt nach Muskelmännern, die mit Schlagstöcken und Einsatzstiefeln bewehrt durch Parkanlagen und Fußgängerzonen patrouillieren. Mit den Klischeebildern, wie sie auf einigen Fernsehkanälen laufende Doku-„Soaps“ produzieren, haben die von der Wählergemeinschaft propagierten Ordnungshüter allerdings wenig gemein. Im Grunde genommen gehe es darum, den bis dato vorwiegend mit Falschparkern beschäftigten Außendienst aufzustocken und für weitere ordnungsrechtliche Aufgaben zu qualifizieren.

Vakuum festgestellt

Kurmann zufolge sollen die aus dem vorhandenen Personalbestand auszuwählenden Stadtbediensteten ein Durchsetzungsvakuum füllen, mit welchem die örtliche Politik seit mehreren Jahren hadert: Wenn es um die Frage geht, illegale Müllentsorgung zu



ahnden oder uneinsichtige Hundehalter zur Raison zu bringen, kristallisiert sich Kurmann zufolge allzu schnell heraus, „dass die Stadt gar nicht helfen kann, weil sie überhaupt kein dazu ausgebildetes Personal hat“.

Dabei könnten – so der Fraktionsvorsitzende weiter – entsprechende Lehrgänge im Schnellverfahren absolviert werden. Entsprechend gering sei die Belastung für die nach dem Freiwilligkeitsprinzip auszuwählenden Stadtbediensteten, die laut Kurmann zwar auf die Straße gebracht werden sollen („und zwar auch mal zu unchristlichen Uhrzeiten“), im Außendienst aber of-

fenbar keine Heldentaten vollbringen müssen.

Entlastung für die Polizei?

„Es spricht nichts dagegen, dass auch Frauen diese Aufgabe übernehmen“, betonte der Chef der „Cuxhavener“-Fraktion und erinnerte daran, dass im Gefahrenfall selbstredend die Polizei zugezogen werden müsste. So gehe es im Falle der „Vollstreckungsbeamten“ (die übrigens auch in einem normalen Angestelltenverhältnis beschäftigt werden könnten) allein darum, Bürger auf Fehlverhalten hinzuweisen und gegebenenfalls eine Ordnungswidrigkeit aufzunehmen. „Bestes Beispiel“,

so Kurmann, seien in diesem Zusammenhang die Probleme, die es im Bereich einer inzwischen demontierten Sitzbank im Lotsenviertel gab: In den Sommermona-

Spielregeln

- Egal ob es um illegale Müllentsorgung, um Zechgelage oder eine Anleinplicht für Hunde geht: Festgelegt sind die im öffentlichen Raum geltenden „Spielregeln“ weitestgehend in der Verordnung „**Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt Cuxhaven**“.
- Das Papier stammt **aus dem Jahr 2000**, zuletzt geändert wurde es im Sommer 2010.

Ein Vorbild für Cuxhaven? Anderswo sind sie **fester Bestandteil des Stadtbilds**: Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes kontrollieren in einer Grünanlage in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf die dort geltende Anleinplicht für Hunde.
Foto: Ferdinand Ostrop/dpa

ten war dort am helllichten Tag immer wieder gezecht worden. Anwohner, die sich über den Notruf beschwerten, erfuhren von der Polizei, dass eigentlich die Stadt einschreiten müsse – gleichwohl machte sich oft genug eine Streife auf den Weg zum „Tatort“.

Ob und inwieweit die Beamten in solchen Fällen in Zukunft durch Mitarbeiter des städtischen Außendienstes entlastet werden, ist bis dato noch unklar. In der Vergangenheit hatte man im Rathaus immer wieder auf den Kostenaspekt hingewiesen. In der Ratssitzung am **Donnerstag, 14. September**, steht das Thema gleichwohl auf der Tagesordnung.